

Die Bergpredigt ist eine Predigt gegen den moralischen Dünkel, nicht für den moralischen Rigorismus.

Manfred Hättich

Nach Tschernobyl

Ginge es nach der Niedersachsenwahl, Tschernobyl wäre nicht das Thema, das es über Wochen in zahllosen öffentlichen und privaten Auseinandersetzungen gewesen ist. Gemessen an der allgemeinen Aufgeregtheit in der gesamten Bundesrepublik, haben jedenfalls die Wähler zwischen Göttingen und Wilhelmshaven geradezu extrem nüchtern reagiert. Ohne die Aussagekraft eines Wahlvorgangs überbewerten zu wollen, dürften sich vermutlich gerade nach dieser Wahl die Chancen verbessert haben, über alles, was Tschernobyl bei uns offengelegt hat, gründlicher und zugleich gelassener zu diskutieren und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Nicht alle Angst ist strahlungsbedingt

Zunächst einmal: Die Risiken der Kernenergie und die durch sie ausgelösten Ängste sind als gegebene Realität gleich ernst zu nehmen. Es handelt sich dabei aber keineswegs um dasselbe Paar Stiefel. Natürlich gibt es zwischen beiden ein *Ursache-Wirkungs-Verhältnis*. Ohne die Katastrophe in der Ukraine und die vielen, in der Regel harmlosen, aber größere Katastrophen stets ahnen lassenden Störfälle gäbe es auch die Ängste nicht.

Sie – die Ängste – drücken aber zugleich mehr aus als nur die Bedenken gegenüber einer mit Großrisiken belasteten Produktionsform von elektrischer Energie und deren Folgelasten. Sie drücken vor allem dort mehr aus, wo sie sich als existentielle Betroffenheit äußern: Zukunfts- und Lebensangst, Todesfurcht, die mit dem Fortschreiten technischer und wissenschaftlicher Art größer gewordenen Sicherheitsbedürfnisse und die tägliche Enttäuschung der darauf gerichteten Erwartungen durch die Produkte des technischen Fortschritts selbst; die ebenso berechnete wie extrem hohe Werteinschätzung, der der *Erhaltung der Gesundheit* beigemessen wird: Vermutlich hat überhaupt erst dieser Gesichtspunkt das Umweltthema so populär und – auch für den einzelnen – so bedrängend gemacht.

Andere Angst erklärende Gründe hängen unmittelbarer

mit der Tschernobyl-Katastrophe bzw. der Möglichkeit radioaktiver Schädigung zusammen: die Unsichtbarkeit der Gefahr und ihre schier unmögliche Eingrenzung erzeugen ein *Gefühl besonderer Hilflosigkeit*. Man sieht sich überall und durch alles bedrängt und gefährdet, und die möglichen Auswirkungen bleiben nicht auf einen selbst beschränkt: Was gibt man an möglicher Schädigung an die Kinder weiter? Welche bösartigen Veränderungen können sich durch eine Überdosis radioaktiver Strahlung in die Keimbahn einschleichen? Und dann die ohnehin grassierende Krebsangst, die alle Todesverdrängung so offensichtlich zunichte macht.

Hinzu kam ein Gefühl des Ausgeliefertseins an einander widersprechende Expertenmeinungen: nicht nur zeitgenössische Datengläubigkeit, sondern das gerade hierzulande schier unbegrenzte Vertrauen in die wissenschaftliche (und die nicht minder große Erwartung in die politische) Problemlösungskompetenz wurde bis ins Mark erschüttert. Das politische und administrative Durcheinander tat ein übriges. Selbst die Sprache versagt, kann verharmlosend wirken oder Ängste verstärken.

Angststeigerung durch Nichtaufklärung

Schon den *Sinn der Vorsorgemaßnahmen* konnten die beteiligten Experten und Politiker – bei letzteren wußte man nie, ob sie es überhaupt wollten oder wagten – nicht jedem verständlich machen. Keine akute Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung, das konnte so aufgefaßt werden, als bestünde keine unmittelbare Gefährdung *jetzt*, aber die mittel- und langfristige könnte um so größer sein. Damit suggerierte man mehr, als man aussagen wollte, und setzte sich zugleich dem Vorwurf aus, man verharmlose, obwohl so ziemlich das genaue Gegenteil der Fall war und unterm Strich sich gerade die spektakulärsten Maßnahmen als durchwegs übertrieben herausstellten.

Sodann gibt es da gewisse Vokabeln: Wir sprechen von *Restrisiko*. Rest, das klingt nach vernachlässigenswert, nach etwas, das es zwar gibt, aber das nicht weiter beachtet zu werden braucht, während im Falle der Kernenergie das Restrisiko gleichbedeutend mit möglicher Katastrophe sein kann.

Am anderen Ende der Sprachskala findet sich ein schier unheimlicher Angstverstärker: *radioaktive Verseuchung*. Das läßt an die großen Seuchen der vorindustriellen Zeit, an Pest und Cholera denken und verbindet dies mit der Infamie der unsichtbaren Schädigung durch Strahlen. Das steigert sich gleichsam selbstläuferisch zu doppelt und dreifach erlebter Hilflosigkeit. Und wenn dann in den Medien – im Gedruckten fast noch stärker als im Gesprochenen – solche Horrorkokabeln völlig undifferenziert gebraucht werden, wird aus der Möglichkeit fast schon nicht mehr nachprüfungswürdige Wirklichkeit. Und tatsächlich haben gerade viele Printmedien vom „Spiegel“ bis zur letzten Provinzzeitung über Wochen durch solch undifferenzierten Sprachgebrauch weniger informierend und aufklärend als angststeigernd gewirkt; wenn sie nicht gar, seltsam süchtig geworden durch solche Katastrophenvokabeln, Angst absichtlich schürten.

Radioaktive Verseuchung, das gab es mit ihren tödlichen Folgen und katastrophalen Langzeitwirkungen im 50-Kilometer-Umfeld von Tschernobyl und in weniger lebensgefährdenden Abstufungen darüber hinaus, aber nicht im zentraleuropäischen Bereich, wo die Gefährdung – nimmt man alles in allem – so gut wie nirgends stärker war als die Dosis der in besonders exponierten Lagen – hochalpiner Bereich, Nähe von Uranlagern – ein bestimmter Bevölkerungsteil üblicherweise ausgesetzt ist. Nüchtern sich verhaltende Kern- und Strahlenphysiker und -mediziner haben sich auch entsprechend geäußert.

Dennoch konnte man den Eindruck haben, Tschernobyl habe nicht nur insofern *bei uns* stattgefunden, als es uns daran erinnerte, daß so etwas auch in Fessenheim, Cattenom oder in Biblis nicht schlechterdings unmöglich sein würde, sondern als sei die Bevölkerung hierzulande die eigentlich oder zumindest gleichermaßen leidtragende und geschädigte. Über die unmittelbar geschädigte, der Katastrophe wirklich auf Leben und Tod ausgesetzte Bevölkerung war zur gleichen Zeit vergleichsweise wenig zu hören. Von emotionaler Teilnahme oder gar Hilfsbereitschaft ihr gegenüber war kaum etwas zu spüren. Und das lag nicht nur an sowjetischer, sondern auch an *hausgemachter Desinformation und Verdrängung*. Der Eindruck setzte sich fest, eine ganze Bevölkerung oder jedenfalls ihre Stimmführer seien auf eine höchst provinzielle Weise hauptsächlich mit der eigenen nur möglichen, nicht im eigentlichen Sinn aktuellen Gefährdung beschäftigt und verwendeten kaum einen Gedanken an die wirklichen Betroffenen – eine gegenüber diesen geradezu zynische Haltung.

Trotzdem kann über die bestehenden Ängste nicht einfach hinwegpsychologisiert und -moralisiert werden. Sie

sind ja keine Hirngespinnste. Die mit der Nutzung der Kernenergie sich verbindenden Ängste sind keine gegenstandslosen Ängste, sondern haben eine benennbare Ursache. Wer also Ängsten begegnen will, kann nicht bei deren Übersteigerung, sondern muß bei deren *Ursachen* ansetzen.

Risikoeinschätzung und Risikoverringering

Zunächst muß einmal deutlich werden, *wo die wirklichen Gefahren sind und wo sie nicht sind*. Manche Leute stellen sich vor, Kernreaktoren verstrahlten allein schon durch ihre Existenz die Umwelt. Es muß doch wenigstens deutlich zu machen sein, daß dem nicht so ist, daß deren Gefährdungsrisiko allein in ihrer Störanfälligkeit liegt. Und zwar in der Möglichkeit des GAU, nicht in den konventionellen Störungen, von denen keine technische, auch keine großtechnische Einrichtung frei ist. Es liegt in der Natur emotionalen Verhaltens, daß nach Harrisburg und Tschernobyl nun auch jede kleinste „konventionelle“ Störung in einem Kernkraftwerk aufgebauscht wird. Hier ist technische wie politische Aufklärung gefragt.

Schwieriger wird es mit der *Risikoverringering*. Risikoverringering kann zunächst heißen: *Verbesserung des Sicherheitsstandards*. Gerade weil es keine absolute Sicherheit geben kann, also es den todsicheren, jedes theoretische Risiko ausschließenden Reaktor bei keiner Technik gibt, bedarf es der Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen nach den jeweils neuestesicherten Erkenntnissen. Die ständige Fortschreibung des Sicherheitsstandards ist der Sache wegen notwendig, und sie empfiehlt sich auch aus politischer Klugheit. Wenn schon eine Katastrophe nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann, so muß doch die Wahrscheinlichkeit so gering wie nur irgendwie möglich gehalten werden. Der Verweis, bei uns sei der Sicherheitsstandard ohnehin höher als anderswo, verfängt nicht, selbst wenn er zutrifft. Die Bevölkerung muß schon wahrnehmen können bzw. ihr muß glaubhaft vermittelt werden, daß das denkbar Mögliche getan wird.

Aber selbst wenn an der Versicherung, Kernreaktoren seien hierzulande sicherer als anderswo, etwas dran ist, dann stellt sich um so mehr das *internationale Problem der Angleichung der Sicherheitsstandards* im Sinne der nach heutiger Erkenntnis sichersten, das Risiko am meisten verringern Lösung. Das gilt für Ost und West. Denn nationales Prestige scheint einer Optimierung der Sicherheitsstandards nicht viel weniger entgegenzustehen als imperiale und militärische Interessen totalitärer Systeme.

Wenn auch Tschernobyl in der Sowjetunion „passiert“ ist, so eignet es sich doch wenig für eine Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes in Schwarz-Weiß. Im Gegenteil! Vielleicht kann die Gunst der Stunde tatsächlich zu verstärkter Zusammenarbeit in Fragen der Reaktorsicherheit genutzt werden – trotz damit verflochtener mili-

tärischer und ideologischer Interessen. Eine gewisse Bereitschaft auch der Sowjetunion ist gegenwärtig durchaus erkennbar. Sie schwindet hoffentlich nicht völlig, wenn Tschernobyl wieder aus den Schlagzeilen ist.

Blockübergreifende Zusammenarbeit in dieser Sache dient übrigens nicht nur der größeren Sicherheit, sondern der stärkeren internationalen Verflechtung und damit auch dem Frieden. Wenn schon, wie gelegentlich gesagt wird, möglichst große *gegenseitige* Abhängigkeit von Rohstoffquellen friedensfördernd ist, weil sie zur Kooperation *zwingt*, dann um so mehr jede Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Anwendung von Sicherheitstechniken.

Verminderung heißt nicht Beseitigung des Risikos

Verminderung des Risikos muß aber auch bedeuten: auf den weiteren Ausbau der Kernenergie, soweit möglich, verzichten und den Anteil der Kernenergie an der Gesamtenergieversorgung möglichst verringern. Quer durch die politischen Parteien scheint die Bereitschaft zu wachsen, auf den Einstieg in die *Plutoniumswirtschaft* zu verzichten. Wenn Kalkar nicht in Betrieb gehe, weil der damit eingeschlagene Weg sich als zu risikoreich erweist, dann, so neulich *Kurt Biedenkopf*, seien die dafür ausgegebenen 6 bis 7 Milliarden dennoch kein vergeudetes Geld, weil man damit erfahren habe, daß es so nicht gemacht werden könne – eine politisch, jedenfalls dem Steuerzahler gegenüber etwas windige, aber moralisch schlecht zu widerlegende Argumentation. Eine Rückstellung von Wackersdorf, und sei es auch nur aus politischen Gründen, scheint inzwischen selbst führenden CSU-Leuten einzuleuchten.

Aber Verzicht auf Plutoniumswirtschaft, Umdenken in der Entsorgung, forcierte Förderung von Alternativenergien bedeutet höchstens eine Verminderung des radioaktiven Risikos. Denn was für Alternativenergien gehalten wird – Windenergie, Biomasse, auch Kohle und selbst Solarenergie –, sind in Wirklichkeit keine Alternativen zur Kernkraft, sondern höchstens Alternativen zu deren weiteren Ausbau. Einzige wirkliche Alternativenergie zur Kernspaltung wäre die Kernfusion, aber dies ist keine Möglichkeit von heute, sondern – so der Plasmaphysiker *Klaus Pinkau* – für die Mitte des nächsten Jahrhunderts.

Wer deshalb die wirtschaftlichen Risiken und die Kosten eines auf ein, zwei Jahre befristeten Direktausstiegs nicht auf sich nehmen, und das wollen mit Sicherheit nicht einmal alle Grünen, aber den *zeitlich gestreckten Ausstieg* will und diesen sich politisch vornimmt, muß ehrlicherweise auch die Fristen nennen, mit denen dabei zu rechnen ist. Diese Fristen lassen sich auch bei forcierter Kernfusionsforschung und auch durch forciertes Energiesparen nicht unbegrenzt verkürzen, soweit sich Fristen überhaupt angeben lassen.

Sosehr sich inzwischen so gut wie alle einig sind, daß die Kernkraft nur eine *Übergangsenergie* sein kann, werden

wir mit ihr realistischere Weise eine Zeitlang leben müssen. Wenn wir *innerhalb der jetzt heranwachsenden Generation* über sie hinauskommen, haben wir Glück gehabt, und ob sich damit das Gesamtrisiko wesentlich verringern läßt, wird sich auch erst dann präziser sagen lassen.

Dies ist kein Kissen zum Ausruhen. Das unruhiger gewordene politische Klima wird schon dafür sorgen, daß man sich nicht länger lauter Ausreden und Leerformeln leisten kann. Es ist aber auch keine Zeit für defaitistisches Wehgeschrei über eine angeblich nie und nimmer vom Menschen beherrschbare Technik. Es kommt nicht nur darauf an, daß energiepolitisch hart gearbeitet wird. Es muß auch deutlich gemacht werden, aus *welchen Gefahren wir uns herausarbeiten und welche wir zeitweise oder immer ertragen müssen*. Und es muß noch einmal unterschieden werden zwischen den Ängsten, die aus der Sache kommen, und denen, die mit dieser sich verbindend, sich aus Lebensstilen und -anschauungen ergeben.

Es gehört zur Geschöpflichkeit des Menschen, daß er mit Gefahren und Risiken, auch mit Großrisiken, zu tun hat. Davor kann ihn keine Technik schützen, sondern jede Technik bringt es neu zutage. Und es ist nicht einmal sicher, ob im Falle großtechnischer Neuerungen das Ausmaß der möglichen Gefahren für ihn überhaupt jeweils abschätzbar ist. Um so wichtiger ist es, mit ihnen umgehen zu lernen, sobald sie sich konkret zeigen.

Kirchliche Amtsträger tun gut daran, sich zurückzuhalten

Insofern ist es auch eine *Aufgabe der Kirche*, immer wieder nicht nur Politiker auf ihre Verantwortung, sondern auch auf diese *Grundbefindlichkeit* hinzuweisen. Im übrigen: die Kirchen werden immer wieder aufgefordert werden, in der einen oder anderen Richtung Stellung zu nehmen. Schon jetzt klagen Atomkraftgegner, sie würden insbesondere von der katholischen Kirche „erbärmlich“ im Stich gelassen. Andererseits soll ein christlich-sozialer Ministerpräsident die Bischöfe seines Landes zum Rapport gebeten haben, damit sie auf Gruppierungen von Kernkraftgegnern aus dem kirchlichen Bereich autoritativ in seinem Sinne einwirken. Den einzelnen Gruppen soll der Protest nicht beschnitten werden, solange er friedlich ist, schon gar nicht durch die kirchliche Autorität, solange sie diese nicht für sich beanspruchen. Es ist ihr demokratisches Grundrecht, zu demonstrieren. Die kirchliche Autorität selbst wird aber gut beraten sein, wenn sie sich nicht durch argumentativ ungedeckte Stellungnahmen in den Tageskampf hineinziehen läßt. Sie dient der Sache und ihrer Botschaft besser, wenn sie eigenständig argumentiert und sich emotional zurückhält. Eine Aussage, wie die des früheren Präsidenten des Evangelischen Kirchentages, *Wolfgang Huber*, Kernenergie sei mit demokratischen Grundprinzipien unvereinbar, ist nicht nur argumentativ nicht einfühlbar, sondern, würde sie als Kirchen- und nicht als Privatmeinung vorgebracht, schlicht unverantwortlich. *David Seeber*